

Europas Zukunft

Merkels Rezession oder Neustart für ein starkes Europa?

Auf einen Blick

- Erneut droht Überspringen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft
- 2012 Gefahr der Rezession in der Eurozone, Deutschlands Wachstum unter 1 %
- Übertragungswege: Realwirtschaftliche Abwärtsspiralen durch einseitige Sparprogramme in Krisenländern ohne Investitionsimpulse, Rückgang der Kreditversorgung der Unternehmen durch die Banken
- Wichtige Ursache: Einseitige und unzureichende Krisenbekämpfung durch die konservativen Regierungen Europas
- Antikrisenstrategie weiter unklar: Neue Diskussionen über Instrumente der Gemeinschaftshaftung und die Rolle der EZB
- Leittränträge für SPD-Parteitag entwerfen alternatives Konzept für Deutschland und Europa

Erneutes Überspringen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft

Gerade einmal drei Jahre ist es her, dass nach der Lehman-Pleite der Krisenvirus von den Finanzmärkten weltweit auf die Realwirtschaft übersprang und zur schlimmsten Rezession seit dem Kriegsende führte. Nach einer kurzen, in Deutschland und anderen exportorientierten Ländern gleichwohl sehr kräftigen Erholungsphase zwischen Mitte 2009 und Mitte 2011 droht der Eurozone nun zum bevorstehenden Jahreswechsel ein erneuter Rückfall in die Rezession. Für Deutschland erwarten die Konjunkturforscher 2012 allenfalls noch ein Mini-Wachstum von unter 1 %.

Auch diese erneute Bedrohung der Realwirtschaft wurde von den Finanzmärkten ausgelöst. Diesmal stehen Staatsanleihen und Banken aus den Krisenländern der Eurozone im Zentrum der Turbulenzen. Anders als vor drei Jahren ist die europäische Politik, sind insbesondere die mehrheitlich konservativen Regierungen der Eurozone, für diese erneute Eskalation der Krise direkt mit verantwortlich.

Die europäischen Regierungen, allen voran die deutsche Bundesregierung, haben zugelassen, dass, was Ende 2009 als Schuldenkrise in Griechenland begann, sich zu einer systemischen Refinanzierungskrise von Staaten und Banken ausgeweitet hat, die inzwischen alle Euromitglieder betrifft – selbst Deutschland ist nicht mehr immun. Fast zwei Jahre falscher und allenfalls halbherziger Krisenbekämpfung haben Europa erneut an den Abgrund geführt – diesmal nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch. Die Krise in der Eurozone ist längst zu einer institutionellen Krise der Währungsunion, ja sogar der gesamten europäischen Integration geworden.

Übertragungswege einer eskalierenden Vertrauenskrise

Auf zwei Wegen bedroht die Refinanzierungskrise heute erneut die Realwirtschaft in den Ländern der Eurozone:

- Zum einen durch eine eindimensionale staatliche Sparpolitik, die keine Rücksicht auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nimmt und so in eine Abwärtsspirale aus staatlichen Ausgabenkürzungen, dem Rückgang von Investitionen, Konsum und Beschäftigung, zusammenbrechenden Steuereinnahmen und immer größer statt kleiner werdenden öffentlichen Defiziten führt. In dieser Spirale sind Griechenland und Portugal gefangen. Auch für Italien befürchten Bankanalysten bereits eine solche Entwicklung.
- Zum anderen durch eine drohende Kreditklemme, weil die ebenfalls von Refinanzierungsproblemen geplagten Banken ihre Eigenkapitalquoten nicht über eine Kapitalaufstockung, sondern über eine kräftige Kürzung ihrer Ausleihungen zu verbessern suchen. Die Commerzbank etwa hat bereits angekündigt, diesen Weg als Reaktion auf den von der Europäischen Regulierungsbehörde (EBA) festgestellten zusätzlichen Kapitalbedarf gehen zu wollen, wobei die Kreditvergabe vor allem außerhalb Deutschlands stark zurückgefahren werden soll.

Diese beiden Ansteckungswege aus dem Finanzsystem in die Realwirtschaft haben ihre Ursache in der völlig unzureichenden europäischen Krisenbekämpfung, für die an vorderster Stelle Bundeskanzlerin Angela Merkel die Verantwortung trägt. Denn noch immer versteifen sich die Konservativen und Marktradikalen in Europa auf ihre Ideologie, nach der die Krise in der Eurozone allein eine Krise zu großer öffentlicher Ausgaben weit vor der Finanzmarktkrise seit 2007 und 2008 sei.

Von der Realität lässt sich diese Ideologie nicht beeindrucken: Dass die jetzige Refinanzierungskrise die beiden „Maastricht-Musterschüler“ Irland und Spanien traf, wurde dabei ebenso ignoriert wie aktuell die Tatsache, dass keineswegs nur die Staaten Refinanzierungsprobleme haben, sondern ebenso – vielleicht sogar mehr noch – viele Banken in der Eurozone, denen neben der Wertberichtigung griechischer Staatsanleihen vielfach vor allem ein dauerhaft tragfähiges Geschäftsmodell fehlt.

Unklare Krisenstrategie: Neue Diskussionen über Instrumente der Gemeinschaftshaftung und die Rolle der EZB

Weder die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs Ende Oktober noch die zwischenzeitlichen Regierungswechsel in Italien und Spanien haben bislang für eine Entspannung auf den Märkten für Staatsanleihen aus der Eurozone gesorgt. Im Gegenteil: In der vergangenen Woche war auch erstmals Deutschland vom „Käuferstreik“ betroffen, nachdem vorher bereits die Zinskosten anderer bestbewerteter Länder (AAA) wie Frankreich, Österreich oder Finnland erkennbar angezogen hatten.

Angesichts dieser Entwicklung ist es nicht verwunderlich, dass **das Thema der gemeinschaftlichen Haftung** – sei es unter dem Stichwort „Euro-Bonds“, sei es im Vorschlag eines so genannten „Schuldentilgungsfonds“, sei es in der Forderung nach einer faktischen Ankaufsgarantie für alle künftigen Anleihe-Emissionen durch die EZB – in den letzten Wochen wieder verstärkt diskutiert wird.

- Bemerkenswert war der Vorschlag des deutschen Sachverständigenrates (SVR) – mehrheitlich von konservativen Wirtschaftswissenschaftlern besetzt – für einen „**Schuldentilgungsfonds**“: Demnach sollen die Schuldenstände der einzelnen Staaten oberhalb eines Schwellenwertes von 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in einen gemeinschaftlichen Fonds der Euro-Länder laufen. Dies geschieht dadurch, dass die Refinanzierung aller Euro-Länder zunächst durch den Fonds erfolgt. Der Fonds selbst begibt gemeinsame Euro-Anleihen. Im Gegenzug für diese Gemeinschaftsgarantie müssten die begünstigten Länder allerdings einen festen, über bis zu 25 Jahre reichenden Tilgungsplan für ihre Schulden akzeptieren und sich einer strikten Haushaltskontrolle unterwerfen, die die Umsetzung dieser Tilgungsverpflichtung sicher stellen soll. Der SVR betont, dass in seinem Konzept die Gemeinschaftshaftung den hoch verschuldeten Ländern gerade kein neues Verschuldungsfenster öffnen, sondern sie im Gegenteil auf einen Schuldenabbauplan verpflichten würde.
- Auf europäischer Ebene hat die EU-Kommission einen Vorstoß in Sachen **Eurobonds** unternommen, die allerdings „Stabilitätsbonds“ genannt werden. Die Kommission nennt in ihrem Vorschlagspapier **drei Optionen** für diese „Stabilitätsbonds“: In einer „großen Lösung“ würden alle nationalen Anleihen der Euro-Länder durch Gemeinschaftsanleihen ersetzt. Die Eurostaaten würden gemeinsam haften. Bei Option Nummer Zwei würde nur ein Teil der Schuldscheine gemeinschaftlich aufgelegt. Bei der dritten Variante gäbe es für einen Teil der Schulden gemeinschaftliche Anleihen, aber mit anteiliger Haftung der Staaten.
- Weil andere Lösungen fehlen, ist unterdessen die **EZB faktisch weiterhin in der Rolle eines letzten Stabilitätsankers** in der Eurozone – seit Mitte des Jahres hat sie ihre Anleihekäufe erheblich ausgeweitet und in ihrem Sekundärmarktprogramm damit bisher insgesamt Anleihen von Krisenstaaten mit einem Volumen von rd. 200 Milliarden Euro erworben. Viele Ökonomen, vor allem aus dem angelsächsischen Bereich, wo man entsprechende Notenbankinterventionen gewohnt ist, fordern eine Ausweitung des EZB-Engagements bis hin zu einer unlimitierten Ankaufsgarantie, um den Marktteilnehmern wieder Vertrauen zu geben.

In einer aktuellen Studie¹ weist das gewerkschaftsnahe IMK allerdings auf das derzeitige Dilemma der EZB hin, das aus dem unklaren Kurs der europäischen Regierungen erwächst: Sollten die Regierungen letztlich auf einen Kurs der gegenseitigen Stützung und unbedingten Garantie der Staatsanleihen setzen, so wäre der bisherige EZB-Kurs als viel zu zaghaft zu werten. Setzten die Regierungen aber im Zweifel auch über Griechenland hinaus auf Schuldenschnitte als mögliche Lösung für einzelne Krisenländer, müsste der EZB-Kurs wohl bereits jetzt als zu risikoreich eingestuft werden.

Die Unklarheit der Krisenstrategie geht auch in den letzten Tagen wieder von der schwarz-gelben Bundesregierung aus: In direkten Absprachen mit Frankreich und Italien bereitet sie offenbar eine neuerliche Verschärfung des Stabilitätspakts vor – und sendet zugleich völlig undeutliche Signale, im Gegenzug dann auf ihre bisherige Ablehnung gegenüber Eurobonds bzw. einer umfassenderen EZB-Intervention aufzugeben. Die FDP, deren Mitgliederentscheid über einen permanenten Krisenmechanismus bis zum 13. Dezember läuft, hat wiederum bekundet, dass sie ihre weitere Regierungsbeihilfe von der Ablehnung von Eurobonds abhängig macht. Bis zu einer weiteren Klärung der Lage ist daher nichts anderes als eine Fortsetzung der EZB-Interventionspolitik möglich.

¹ Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK): IMK-Report 67, Nov. 2011; Silke Tober: Die Europäische Zentralbank in der Kritik

Unsere Alternative: Ein Neustart für Europa – Wachstum und Stabilität

Als wir Ende 2008 auch in Deutschland vor dem Überspringen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft und einer dadurch absehbaren Rezession standen, haben wir entschlossen gehandelt und einen anderen Kurs eingeschlagen: In der damaligen Großen Koalition standen die SPD-Minister Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück und Olaf Scholz für eine gesamtwirtschaftlich angemessene Reaktion, die gezielt auf Stabilisierung von Investitionen, Kaufkraft und Beschäftigung setzte – mit Erfolg! Der tiefe Konjunkturerinbruch Anfang 2009 konnte zwar nicht verhindert werden, aber bereits ab Sommer 2009 konnte Deutschland die ersten Impulse einer sich erholenden Weltkonjunktur aufnehmen und schnell in neues Wachstum umsetzen, das in 2011 dann auch stark binnenwirtschaftlich getragen wurde.

Die SPD hat sich noch in der Zeit der Großen Koalition (mit den „Verkehrsregeln für die Finanzmärkte“), insbesondere aber seit Ausflammen der Krise in Griechenland für einen dezidiert anderen Weg in Europa stark gemacht: Dort, wo es nötig ist, klare Regeln zur Wiederherstellung gesunder öffentlicher Finanzen. Aber auch – als Gegenleistung für die Anerkennung dieser Regeln – ein Haftungsverbund zur Abwehr des Vertrauensverlustes bei den Anlegern. Außerdem ein tragfähiges Wachstums-konzept für die von der Krise betroffenen Länder und durchgreifende Schritte zur Regulierung und Besteuerung der Finanzmärkte.

Wir waren und sind davon überzeugt, dass nur ein solch umfassender Ansatz geeignet ist, der Krise im Euroraum wirksam zu begegnen.

In diesem Sinne spricht sich auch der **europapolitische Leitantrag für den SPD-Parteitag im Dezember „für einen Neustart für Europa – für eine europäische Wachstums- und Stabilitätspolitik“** aus. In 9 Punkten fordern wir dort zur Überwindung der aktuellen Krise

- Eine gerechte Konsolidierung
- Eine angemessene Gläubigerbeteiligung
- Eine umfassende Regulierung des internationalen Finanzmarkts
- Eine Finanztransaktionssteuer zur Wachstumsfinanzierung
- Eine gemeinschaftliche Haftung bei gleichzeitig gemeinschaftlicher Haushaltskontrolle
- Eine Europäische Rating-Agentur
- Eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik
- Eine Entwicklung des europäischen Binnenmarktpotenzials
- Ein Investitionsprogramm für Europa

Mit diesem umfassenden Konzept bekennt sich die SPD dazu, die Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung, die in den vergangenen 60 Jahren auch die Erfolgsgeschichte Deutschlands war, fortzusetzen. Wir wollen neuen Fortschritt für ein starkes Europa. Nicht entfesselte Märkte, sondern demokratisch legitimierte wirtschaftliche, soziale und ökologische Spielregeln sichern das Gemeinwohl. Diese Regeln aber lassen sich nicht mehr nationalstaatlich durchsetzen. Dafür brauchen wir eine gemeinsame europäische und internationale Politik.

Unsere Alternative: Solide Finanzpolitik auch in Deutschland

Bundeskanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble geben auf der europäischen Bühne gern die unerbittlichen Konsolidierer. Im eigenen Land – das haben die Haushaltsberatungen der letzten Woche wieder eindrucksvoll gezeigt – scheint ihnen dieser Weg partei- und koalitionspolitisch hingegen wenig opportun. Stattdessen werden Steuersenkungen auf Pump angekündigt. Stattdessen wird bei der Schuldenbremse getrickst, die Neuverschuldung erhöht statt gesenkt.

Mit dem **wirtschaftspolitischen Leitantrag für den SPD-Parteitag „Fortschritt und Gerechtigkeit: Wirtschaftlicher Erfolg, solide Finanzen und sozialer Zusammenhalt“** zeigen wir, wie eine zukunftsfähige Finanz- und Haushaltspolitik in Deutschland aussehen kann, die sich an denselben Werten von Solidität, Wachstum und Solidarität orientiert, wie sie für Europa eingefordert werden. Dazu soll eine klare Prioritätensetzung dienen, die insbesondere auf

- Schuldenabbau
- Subventionsabbau
- Investitionen in Bildung, Innovation und Infrastruktur
- Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit
- Mehr Steuergerechtigkeit durch höheren Spitzensteuersatz, höhere Kapitalertragssteuer und Einführung einer Finanztransaktionssteuer

setzt.

Wir stellen fest: „Notwendig ist eine vorwärtsgerichtete politische Strategie, die den Wirtschafts- und Beschäftigungsstandort Deutschland nicht abwickelt, sondern weiter aufbaut und vorantreibt. Wettbewerbsfähigkeit ist nicht gleichzusetzen mit einem Sieg im Wettstreit darum, wer seinen Bürgern das größte Leid abverlangt. Wettbewerbsfähig ist derjenige, der die besten Ideen für neue Produkte und Technologien entwickelt, frühzeitig und energisch auf die Wachstumsmärkte der Zukunft setzt, innovationsfreundliche Rahmenbedingungen schafft, Bildung und Qualifizierung fördert, Zuwanderung steuert und somit die Chance zum Strukturwandel nutzt und nachhaltiges Wachstum schafft.“

Was hier für Deutschland formuliert wird, gilt gleichermaßen für Europa – und mehr noch: Es wird für Deutschland nur dann gelingen, wenn es für Europa gelingt.